

Das «Erfolgsmodell Schweiz». Versuch einer marxistischen Interpretation

Inhalt

1.	Der helvetische Kapitalismus im Fahrtwind globaler Umbrüche	2
1.1	Das Erfolgsmodell Schweiz	2
1.2	Umbrüche im globalen Kapitalismus.....	4
1.3	Ein Schweizer Imperialismus?	5
2.	Eine über Jahrhunderte dauernde politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität.....	6
3.	Der Arbeitsfriede als Trumpf des Schweizer Kapitalismus.....	7
4.	Wirtschaftsliberalismus als strukturelle Konstante im Paradies des Kapitals.....	9
5.	Ein Kronzeuge für das helvetische Paradies des Kapitals.....	11
6.	Ansätze für Befreiung ?	13
6.1	Globalisierung des Klassenkampfes	13
6.2	Was tun mit all dem in der Schweiz, dem «Paradies des Kapitals»?	15
7.	Referenzen:	16

Willi Eberle. Alle sind sich einig, von der politischen Rechten bis zur politischen «Linken». Und mit ihnen ein sehr grosser Teil der Bevölkerung, zumindest der grösste Teil von der sich aktiv am politischen Leben beteiligenden erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer. Die Schweiz ist für sie zweifellos ein Erfolgsmodell, ja eine Art Paradies. Gerade für eine breite, entsprechend aufgepöpelte Öffentlichkeit. Insbesondere wenn man die Schweiz mit den Bedingungen in anderen Ländern vergleicht. Ja, dieser Ruf reicht sogar bis in die ärmsten Bevölkerungen in Afrika, diesen «Sklaven des 21. Jahrhunderts», für die die Schweiz ein weit entferntes «goldenes Paradies», aber auch ein unerreichbares Auswanderungsziel darstellt (Gatti, 104).

Aber vor allem für die Reichen, die Reichsten und die Unternehmer ist die Schweiz ein «Erfolgsmodell» (Schwarz/Breitling). Hier werden sie am tiefsten besteuert, können auf eine solide Erhöhung ihres Reichtums und ein sehr wohlwollendes politisches Umfeld zählen. Hier besitzt 1 % der Bevölkerung über 40 % des Reichtums. Aber auch 8 % der arbeitenden Bevölkerung hat zu tiefe Löhne, um damit selbst mit einem stark eingeschränkten Lebensstil über die Runden zu kommen.

In diesem Aufsatz wollen wir dem sogenannten Erfolgsmodell etwas auf den Zahn fühlen. Wir tun dies, indem wir fünf Achsen der Analyse aus einer marxistischen Perspektive vorschlagen. Die Einordnung der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Realität der Schweiz in einen globalen Zusammenhang ist das A und O einer materialistischen Untersuchung; dabei steht die Perspektive eines politischen Eingreifens im Sinne einer Parteinahme für die immer wieder auftauchenden Ansätze der politischen und sozialen Befreiung aus den Sachzwängen der

Kapitalherrschaft im Vordergrund. Bei den heute vorherrschenden Ansätzen der Interpretation des Falles Schweiz steht hingegen ein wirtschaftsliberaler Triumphalismus im Vordergrund (Schwarz & Breitling; Flückiger & Schwab, um nur die Bekanntesten zu nennen). Diese Stossrichtung wird leider auch bei «linken» Stimmen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So spricht etwa Andreas Rieger, damaliger Co-Präsident der Gewerkschaft Unia, ebenfalls vom «Wirtschaftswunder Schweiz dank der hohen Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.» (Tages Anzeiger, 6. Juni 2011). Die einzige praktisch relevante Differenz zu den Wirtschaftsliberalen besteht «naturgemäss» in der positiven Einschätzung von flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen, dem zentralen Instrument der Gewerkschaftsbürokratie.

In diesem Sinne betrachten wir im Folgenden die Stellung des Schweizer Kapitalismus im imperialistischen System, die ausserordentlich stabilen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des helvetischen Kapitalismus, seine Mechanismen der politischen Unterwerfung der Klasse der Lohnabhängigen und, damit zusammenhängend, das wirtschaftsliberale politische System. Zuletzt gehen wir auf die für uns zentrale Frage ein: Was müsste getan werden, um eine befreiende Perspektive politisch-materiell vorwärts zu bringen. Diese Frage, wie alle anderen wichtigen Fragen, kann, wenn überhaupt, nur in einem globalen Kontext angegangen werden. Denn die Kapitalherrschaft kann nur global entwurzelt werden, um das Kapital aus seinem Paradiese, der Schweiz, vertreiben zu können.

In loser Folge werden hier im Laufe der folgenden Monate weitere vertiefende Beiträge und Detailuntersuchungen zu den verschiedenen Facetten des helvetischen Kapitalismus, wie auch zu befreienden Ansätzen aus diesem immer dichter gewobenen Netz einer scheinbaren politischen und sozialen Fatalität veröffentlicht.

1. Der helvetische Kapitalismus im Fahrtwind globaler Umbrüche

1.1 Das Erfolgsmodell Schweiz

Der globale Kapitalismus ist seit den 1970er Jahren in eine Phase tiefgreifender Umbrüche getreten, in deren Verlauf mehrere schwere Krisen aufgetreten sind, die die Schweiz teilweise (Mitte der 70er und Anfang der 90er und Anfang der 2000er Jahre, 2008) sehr hart trafen. Mittlerweile zeigt sich, dass der Schweizer Kapitalismus im internationalen Konkurrenzkampf Terrain gutgemacht hat. Er hat im Verlaufe dieser vier Jahrzehnte seine materielle Verankerung vollkommen verändert und ging vergleichsweise gestärkt aus diesen Krisen hervor. Dies äussert sich z.B. an der Entwicklung des BIP und der Arbeitslosigkeit, wie die beiden folgenden Grafiken zeigen (seco):

Abbildung 1: Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) Schweiz und andere Staaten

Abbildung 1: Bruttoinlandprodukt
Index, real, 2004 = 100, saisonbereinigte Werte

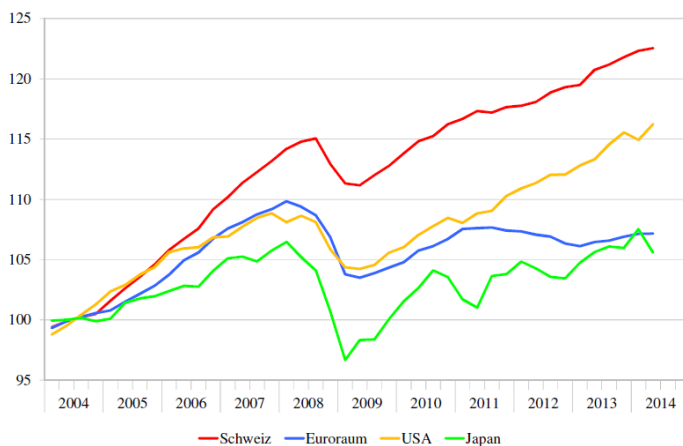
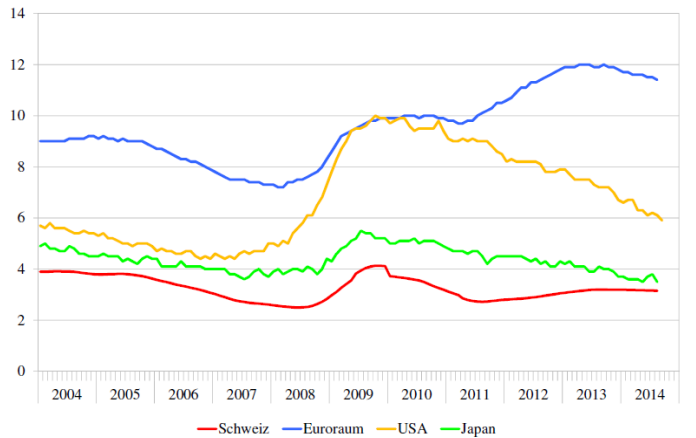


Abbildung 2: Arbeitslosigkeit 2004 bis 2014 Schweiz und andere Staaten

Abbildung 3: Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten in %, saisonbereinigte Werte

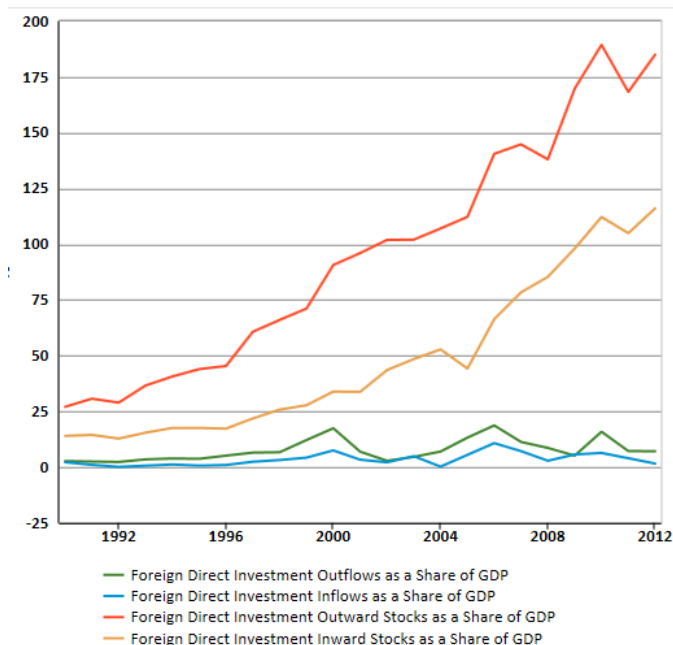


Quellen: SECO, Eurostat

Im selben Zeitraum haben sich die Exporte ebenfalls stärker entwickelt, als bei den wichtigsten Konkurrenten, die Anziehungskraft für ausländische Vermögen und für ausländische Konzerne hat über die vergangenen Jahrzehnte stark zugenommen. Die Schweiz hat mittlerweile auch die grösste Dichte an Patenten und an Grossfirmen. Der Schweizer Kapitalismus führt seit Jahren die Liste der konkurrenzfähigsten Standorte, wie sie vom WEF jährlich publiziert wird, an. Die Dichte an Superreichen und an Reichen ist hier weitaus am grössten (Breitling & Schwarz). Ein kapitalistisches Wirtschaftswunderland also, wie etwa Breitling und Schwarz behaupten, und dabei weitere Liberalisierungsmassnahmen fordern?

Ein wichtiger Indikator für die internationale Stärke eines nationalen Kapitals ist die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen (FDI: Foreign Direct Investment). Auch hier ist das Schweizer Kapital führend, wie die folgende Grafik zeigt:

Abbildung 3: Ausländische Direktinvestitionen durch Schweizer Konzerne, 1990 bis 2012



Quelle: OECD, KNOEMA.COM

Die FDI entwickeln sich vor allem seit den 1990er Jahren weltweit sehr stark (Roberts); die Schweizer Konzerne waren über das ganze 20. Jahrhundert hinweg in absoluten Zahlen unter den führenden fünf Staaten pro Kopf gerechnet sogar Spitzenreiter. Heute kommandieren die Schweizer multinationalen Unternehmen etwa 3 Millionen Lohnabhängige im Ausland und 1.3 Millionen in der Schweiz, insgesamt also etwa gleichviel, wie alle Lohnabhängigen in der Schweiz in allen Sektoren. Wenn man zudem bedenkt, dass etwa 1.1 Millionen ausländische Lohnabhängige in der Schweiz

arbeiten, so kann zudem gesagt werden, dass das Schweizer Kapital beinahe anderthalbmal so viele ausländische Lohnabhängige direkt kommandiert, wie lohnarbeitende Schweizerinnen und Schweizer.

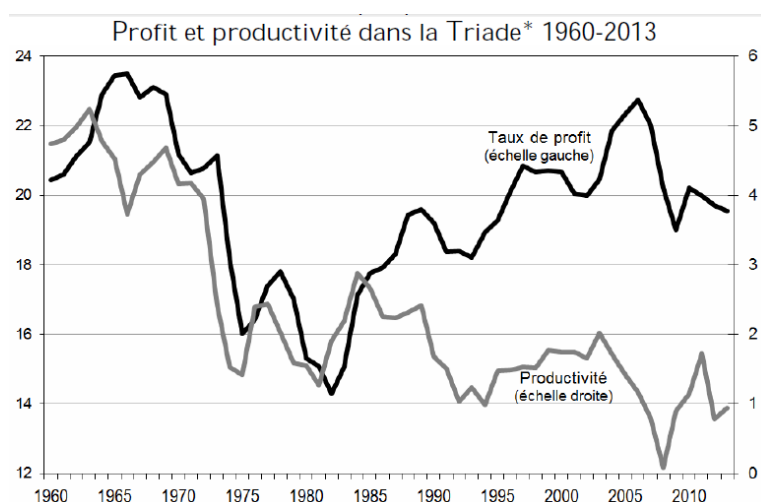
1.2 Umbrüche im globalen Kapitalismus

All dies geschieht in einer Epoche, wo sich seit den 1980er Jahren im globalen Kapitalismus inhärente Widersprüche immer stärker öffnen und zu deren Lösung zum ersten Mal in seiner 200-jährigen Geschichte die ganze Welt nun untertan gemacht hat. Seit den 1990er Jahren kann man nun wirklich von einem «globalen Prozess des Ausgleichs der Profitraten» sprechen (Roberts). Welches sind die Faktoren hinter dieser Globalisierung des Prozesses kapitalistischer Akkumulation und von deren Dynamik?

Seit den 1980er Jahren ist in den imperialistischen Zentren die Entwicklung der Profite nicht mehr an die Entwicklung der Arbeitsproduktivität gebunden (siehe untenstehende Grafik aus Husson, 2013.1). Damals konnte einerseits das Widerstandspotential der Arbeiterklasse vor allem in Europa durch eine noch stärkere Kooptation der Sozialdemokratie, der Kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften und mittels brutaler Gewalt gegen die kämpferischen Segmente der Arbeiterklasse geschwächt werden. Damals war auch die heroische Periode der grossen Arbeiterkämpfe der 1960er und 1970er Jahre zu Ende. Andererseits wurden bereits in der Krise der ausgehenden 1960er und der 1970er Jahre grosse Umstrukturierungen und Konsolidierungen der Wertschöpfungsketten zuerst im lokalen und dann im globalen Massstab eingeleitet, die den massenweisen Zugriff auf billigere Arbeitskräfte ermöglichte.

In diesem Zusammenhang steht die starke Entwicklung des globalen Handels und der Freihandelsverträge vor allem ab dem Beginn der 1990er Jahre. Zwischen 1970 und 2000 ist das Volumen des Welthandels um den Faktor 24 gestiegen, das Volumen des Handels mit Halbfabrikaten gar um den Faktor 100 (Flückiger & Schwab, 15ff, insbesondere Grafik Seite 24) ! Dies ist ein starkes Indiz für das Vorantreiben der internationalen Arbeitsteilung entlang einer Optimierung und Ausdifferenzierung der globalen Wertschöpfungsketten. Das global operierende Kapital hat über die vergangenen vier Jahrzehnte «... seine Möglichkeiten ausgebaut, gerade auch über eine Neuausrichtung der Produktions- und Verteilungsketten die Produktion dort zu allozieren, wo die Kosten, insbesondere die Löhne, am tiefsten und weitere Bedingungen (Rechtssicherheit, berufliche Qualifikationen, politische Stabilität, Steuern, fortgeschrittene Liberalisierung des Arbeitsmarktes etc.) optimal sind» (Eberle).

Abbildung 4: Profite und Arbeitsproduktivität in der Triade (USA, Japan, Europa) 1960 bis 2013



* Etats-Unis + Europe + Japon. Variables pondérées selon le PIB.
Source : base de données Ameco de la Commission Européenne

Es ging um die Entwicklung eines Akkumulationsmodells, das es erlaubte, die Profite zu erhöhen ohne entsprechende Konzessionen an die Arbeiterklasse machen zu müssen. Dies war umso schwieriger, als dass eine entsprechende Erhöhung der Arbeitsproduktivität, verglichen mit der Periode seit den 1930er Jahren, in den imperialistischen Zentren an eine technisch-organisatorische

Grenze gelangte und nicht mehr im selben Masse möglich war. Es ging also um eine Strategie zur Steigerung des absoluten Mehrwerts. D.h. um eine Senkung des Arbeitslohnes und um eine Erhöhung der Arbeitszeit, im globalen Durchschnitt betrachtet. Diese Strategie konnte aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse, die sich zugunsten der Bourgeoisie gewendet hatten, durch eine forsche Durchsetzung von Programmen des Sozialabbaus, Massenentlassungen und der Lohnsenkungen noch gestützt werden. Die wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, die Kommunistischen Parteien und die Gewerkschaften leisteten oft keinen Widerstand dagegen oder waren, sofern in der Regierung, eifrig damit beschäftigt, solche Programme selbst durchzusetzen und gegenüber ihrer Basis zu vertreten. All dies in der Hoffnung, dadurch von der Bourgeoisie respektiert zu werden und «Schlimmeres verhindern» zu können.

Die Lösung dazu war der Zugriff auf die ständig vorhandene Reservearmee der Lohnabhängigen. Vorerst in den verstärkten Einbezug der Frauen in prekarierte Berufe. Ab den 1980er Jahren traten durch die Marktliberalisierungen insbesondere in China, Vietnam, in Indien und in Lateinamerika riesige neue proletarisierte Massen in die globale Reservearmee. Dieser Prozess beschleunigte sich in den 1990er Jahren, vor allem auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, den Anschluss der ex-DDR an die BRD und der Herausbildung der EU und deren Osterweiterungen mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt (Husson, 2013.2; Roberts).

Dieser wachsende strukturelle Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in Europa und den USA lässt sich gut veranschaulichen an der Entwicklung der globalen Lohnquote, das heisst des Anteils der Löhne am Volkseinkommen. Diese hat sich im Verlaufe der vergangenen vier Jahrzehnte, über den gesamten globalen Kapitalismus gesehen, von etwa 75 % auf etwa 65 % verringert (Husson, 2013.2).

1.3 Ein Schweizer Imperialismus?

Die marxistische Imperialismus Theorie interessierte sich seit je für die Ausformung von politischer Herrschaft und ihren Institutionen in einem kapitalistischen Land, die Form der kapitalistischen Konkurrenz im Staatensystem als Konflikt um die Kontrolle über Märkte und für die Frage, wie diese Herrschaft im Interesse der massgeblichen Kapitalfraktionen über die Grenzen des Landes ausgedehnt werden kann – und, so muss hinzugefügt werden «im grösseren Zusammenhang eines Verständnisses des Verlaufs seiner historischen Entwicklung» (Callinicos, 67).

In diesem allgemeinen Sinne muss von einem Schweizer Imperialismus gesprochen werden. Wie oben bereits dargelegt, sind pro Kopf die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) bedeutender als in jedem anderen Land und ihr Wachstum verlief über die vergangenen Jahrzehnte überdurchschnittlich. Dies allein schon rechtfertigt, von einem Schweizer Imperialismus zu sprechen (Guex).

Andererseits fehlen andere wichtige Elemente, die ein imperialistisches Land charakterisieren, insbesondere eine militaristisch ausgerichtete Aussenpolitik, wie sie z.B. die Supermacht USA, aber auch nachgeordnete imperialistische Länder wie Deutschland, Frankreich, England, Israel, Saudi-Arabien, Russland etc. auszeichnen. Auch fehlt der praktische und handgreifliche Einfluss auf grössere politische Entwicklungen in anderen Ländern, wie er typisch ist für imperialistische Länder. Die Schweiz hatte nie Kolonien. Doch haben die führenden Fraktionen der Schweizer Bourgeoisie aus der Exportwirtschaft und dem Finanzbereich über die vergangenen 150 Jahre in der Aussenpolitik eine Linie durchgesetzt, die dem Schweizer Kapitalismus einen weitgehend autonomen Manövrierraum im Spannungsfeld der imperialistischen Konflikte sicherte. Man denke an die beiden Weltkriege, an die Phasen der europäischen Integration, die seit Jahrzehnten andauernden Druckversuche gegen den Finanzplatz Schweiz. Die Durchsetzung dieser Linie verlief gelegentlich erst nach heftigen internen Auseinandersetzungen, etwa während des Ersten Weltkrieges (Luciri) oder in der Frage des EWR-Beitrittes Anfang der 1990er Jahre.

Die Politik der Neutralität ist eine «politische Wahl» und kein Zeichen der Machtlosigkeit. Die «Politik der guten Dienste» und die vielen philanthropischen Gesellschaften und international tätigen religiös-konfessionellen Missionen haben, neben den Jahrhunderten alten Handels- und Finanzgesellschaften erlaubt, ein Beziehungsnetz aufzubauen, das seinesgleichen sucht.

(Masnata/Rubatell; Guex). Dieses bleibt nach wie vor eine sehr nützliche Ressource, um die Verankerung und den Einfluss des Schweizer Kapitalismus im Ausland auszubauen und zu sichern.

2. Eine über Jahrhunderte dauernde politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität

Seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts erfreuten sich die herrschenden Eliten der Eidgenossenschaft einer andauernden politischen und wirtschaftlichen Stabilität, die nur durch wenige Grossereignisse erschüttert wurde, wie etwa die Französische Revolution. Dies hatte grosse Auswirkungen auf die Herausbildung und Konsolidierung der kapitalistischen Produktionsweise in der Schweiz. Konkret erlaubte es den herrschenden Klassen in den reichsten und wichtigsten Kantonen, die Früchte ihrer Raubzüge und Plünderungen und des von ihnen kontrollierten Söldnerwesens, wie auch der früh einsetzenden internationalen Handelsaktivitäten in das entstehende System der kapitalistischen Produktion und der Zirkulation, insbesondere in die Manufaktur und in das Bankwesens, zu investieren. Und dies über Jahrhunderte ohne Unterbruch. Das heisst ohne dabei durch Kriege behindert zu werden, mit ihren Zerstörungen von fixem Kapital, grossen demografischen Verlusten, hohen Kosten etc.. Ohne zerstörerische militärische Invasionen des Territoriums der Eidgenossenschaft, ohne grosse, anhaltende und regelmässige soziale und/oder religiöse Konflikte. Die herrschenden Klassen konnten sich über die Zeit einen Prozess der Akkumulation von Kapital sichern, der sich fortwährend auf erweiterter Stufenleiter erneuerte.

Diese Dynamik hat die Konsolidierung eines produktiven und wirtschaftlichen Systems ermöglicht, ohne dies je neu aufbauen zu müssen. Sie hat erlaubt, auf einer äusserst tragfähigen «nationalen Grundlage» ein weitläufiges internationales Handelsnetzwerk aufzubauen und zu erweitern. Dieses unterstützte teilweise die einheimische Produktion, dann die entstehende Industrie. Teilweise operierte sie unabhängig davon, etwa im einträglichen Handel mit Sklaven oder Waffen. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich der Schweizer Kapitalismus geschichtlich unter Bedingungen grosser interner Stabilität entwickeln konnte, und dass die Eroberung und Behauptung seiner wichtigen Position im internationalen Kapitalismus geschichtlich ohne grosse Gefährdung und Rückschläge auf seine produktive und soziale Struktur erfolgt ist.

Diese Stabilität hat sich, im Zuge einer «ungleichen und kombinierten Entwicklung» allmählich in einen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Standorten des globalen Kapitalismus verwandelt. Wir möchten diesbezüglich nur mal auf die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hinweisen, wo der Schweizer Kapitalismus dank eines intakt gebliebenen Produktionsapparates sofort profitieren konnte vom Einsetzen eines stürmischen Wachstums der Weltökonomie. Zwar wurden die Schweizer Eliten damals von den Siegermächten wegen zu weitgehender wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit dem untergegangenen Naziregime unter Druck gesetzt; doch war schnell klar, dass sie in dem durch die Engländer und die USA entfachten Kalten Krieg und dem Feldzug gegen den «Kommunismus» bis in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführungen hinein ein sehr zuverlässiger und vermutlich unverzichtbarer Partner war.

Die Auswirkungen der historischen inneren Stabilität der Schweiz sind bis heute spürbar. So treten die politischen Parteien, die Medien und die Unternehmerschaft einhellig für noch weitere steuerliche und administrative Entlastungen des Kapitals ein; dies sei das beste Mittel, um ausländische Unternehmen in die Schweiz zu ziehen und das Wachstum zu sichern. Nur schon ein schnelles Durchsehen von offiziellen Internetseiten der kantonalen und eidgenössischen Wirtschaftsinstitutionen zeigt, dass diese auf die grosse Stabilität des Standortes Schweiz, ihres politischen, produktiven und sozialen Systems, setzen - einer Jahrhunderte überdauernden Konstante, die ihren grundlegenden Wert nie verloren hat.

Bei der Machtergreifung der Bourgeoisie um 1848 spielte das Proletariat politisch keine Rolle – es war zu sehr atomisiert und es hatte noch keine politischen Instrumente, um einigermaßen selbständig in den politischen Prozess einzugreifen. Die Einigung mit den Eliten des Ancien Régimes erfolgte über die Errichtung eines nur schwach zentralisierten Staates mit stark föderalistischen Elementen. Durch die grosse Abhängigkeit vom Ausland, v.a über die Exporte - bereits Mitte des 19. Jahrhunderts wurden über 50 % der industriellen Produktion exportiert (aus eigenen Berechnungen

aufgrund von Bergier und von Bairoch, Vol I) - bewirkte, dass die schnell wachsende Arbeiterklasse, nebst anderen Sektoren, politisch an die Interessen der Exportindustrie gebunden werden konnte. Dieser Zusammenhang setzte sich bis heute immer wieder durch. So kann man mit Masnata & Rubattel (107) festhalten, dass «am Ende des 19. Jahrhunderts die grundlegenden Strukturen des Interessenausgleichs bereits vorhanden» waren. Dies umso mehr, als sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts viele vertragliche Vereinbarungen und Ansätze zu Sozialversicherungen auf Betriebsebene etablierten und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in einzelnen Städten und Gemeinden Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung, also in lokalen Varianten der sogenannten politischen Konkordanz, befanden. So etwa wurde der Zürcher Generalstreik vom Juli 1912 unter einer sozialdemokratischen Mehrheitsregierung abgewürgt. Diese Konkordanz setzte sich dann im nationalen Rahmen im Zusammenhang mit dem kriegsbedingten autoritären Ausnahmeregime 1943 durch die Aufnahme der Sozialdemokratie in den Bundesrat mit einer kurzen Unterbrechung 1953 bis 1959 durch; die Sozialdemokratie, die seit den 1920er Jahren in einem antikommunistischen Reflex immer weiter nach rechts gerückt war, hatte in ihrem Parteiprogramm von 1935 nach heftigen inneren Konflikten die seit langem für sie praktisch bedeutungslose Formel von der «Diktatur des Proletariats» gestrichen.

Das politische System der Schweiz weist bereits zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts die für die liberale Variante des Imperialismus typischen Mechanismen der Unterordnung möglicher Konflikte unter die konsensbildende Macht der massgeblichen Kapitalfraktionen auf, das heisst der Exportindustrie und dem Finanzplatz. Und dies bereits damals in einer wohl einmaligen «Perfektion».

3. Der Arbeitsfriede als Trumpf des Schweizer Kapitalismus

Obwohl dies keine Besonderheit des Schweizer Kapitalismus darstellt, so wurde die Sozialpartnerschaft und damit der Arbeitsfriede hier doch auf den äussersten möglichen Punkt getrieben, der daraus international doch einen Sonderfall macht: die absolute Friedenspflicht. Diese wurde zu einem grundlegenden Werkzeug im Umgang mit dem Klassenkonflikt, um die Interessen der Arbeit strukturell denjenigen des Kapitals unterzuordnen. Der Arbeitsfrieden ist nichts Anderes als ein von den Unternehmern und den Gewerkschaftsführungen unterzeichneter Vertrag, der eine Reihe von Regeln aufstellt bezüglich der Arbeitsverhältnisse zwischen den Unternehmern eines Wirtschaftszweiges und den Arbeitern und Arbeiterinnen, die durch die Gewerkschaftsführungen repräsentiert werden. Der erste und wichtigste dieser Verträge wurde am 19. Juli 1937 zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern in der Metall- und Maschinenindustrie unterzeichnet; makaberer Weise enthielt er keinerlei Bestimmungen über die Löhne und keine relevanten Bestimmungen zu den Arbeitsbedingungen. Die entsprechenden Verhandlungen und die Unterzeichnung fanden hinter dem Rücken der Arbeiter statt; vielmehr galt es damals, einem bei Sulzer in Winterthur anlaufenden Streik zuvor zu kommen und so den kämpferischen Tendenzen in der Arbeiterklasse und innerhalb der Gewerkschaften in den Rücken zu fallen.

Inwiefern stellt der Arbeitsfriede ein Problem dar? In der Tatsache, dass sich die Unterzeichner verpflichten, in keinem Moment während der Vertragsdauer irgendwelche Kampfmassnahmen zu ergreifen, wie etwa Streik oder Aussperrung. In ihrer äussersten Form, «der absoluten Friedenspflicht», wird das Verbot von Kampfmassnahmen selbst auf Streitfälle um Arbeitsbedingungen ausgedehnt, die nicht Gegenstand des betreffenden Vertrages sind. Anders gesagt, handelt es sich für die helvetische Arbeiterklasse um ein Verbot, das wirkungsvollste Kampfmittel einzusetzen, das ihr zur Verfügung steht, das ihr erlauben würde, das Kräfteverhältnis gegenüber den Unternehmern zu verändern, um so seine gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage zu verbessern.

In Bezug auf unsere Analyse stellt der (absolute) Arbeitsfriede eine helvetische Besonderheit dar:

- a. Einmal in der Metall- und Maschinenindustrie eingeführt, breitete er sich auf alle Bereiche der produktiven Wirtschaft aus.
- b. Er wurde praktisch immer buchstabengetreu in allen wichtigen Sektoren der Schweizer Industrie respektiert. Wo es zu Kämpfen der Arbeiter und Arbeiterinnen kam, mussten diese

nicht nur gegen die Unternehmer, sondern mit wenigen Ausnahmen auch gegen die Gewerkschaftsführungen antreten (siehe etwa Arbeitsgruppe Materialien zur Intervention).

- c. Er wurde zu einem positiv besetzten Wert für die Unternehmer und für die Gewerkschaftsführungen und die erdrückende Mehrheit der Lohnabhängigen: Der Arbeitsfriede sei eine unverzichtbare Bedingung für das wirtschaftliche Gedeihen der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg.
- d. Die absolute Friedenspflicht stellt Solidaritätsstreiks und flächendeckende Kampfmassnahmen vor praktisch kaum überwindbare Hindernisse. Sie wird zum toten Gewicht an den Fersen der Arbeiterklasse und stellt einen entscheidenden Faktor zu deren Atomisierung und Entpolitisierung dar.

Für die Schweizer Kapitalisten ist der Arbeitsfriede wichtig, denn er «läuft in der Tat auf eine Anerkennung der Marktwirtschaft und des kapitalistischen Profits durch die Gewerkschaften als notwendigen Anreiz für das Wachstum hinaus; von diesem wird erwartet, dass er allen zugutekommt, den Arbeitern und den Unternehmern» (Garbani & Schmid, 132).

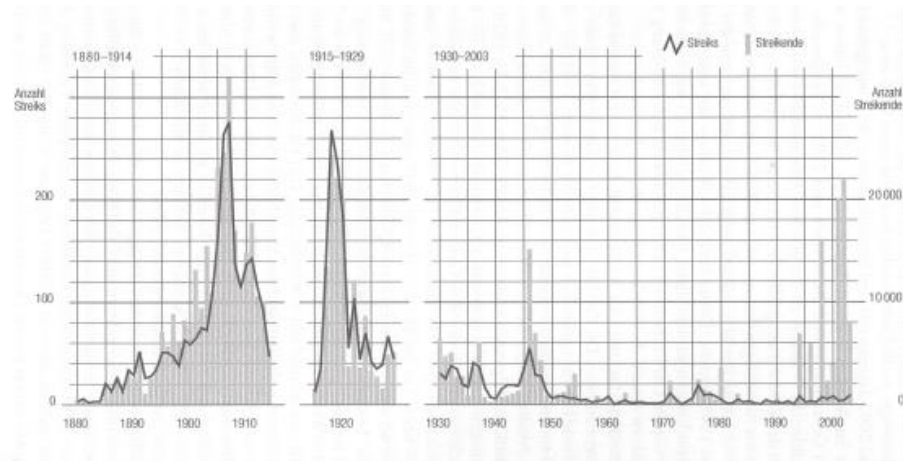
Der Arbeitsfriede wird somit zu einem wichtigen Instrument für die Unternehmer in ihrem Bestreben, die Profitrate sowohl in einer Rezession wie auch in einer Phase starken Wachstums zu verteidigen oder zu erhöhen. Die Anerkennung der Priorität der Profite zeigt sich insbesondere in Zeiten der Krise, wo die Unternehmer ihre Profite verteidigen können, indem sie Leute entlassen, die Löhne senken, die Arbeitszeit verlängern und die Arbeitsrhythmen erhöhen können, ohne dass die Gewerkschaften dies durch Kampfmassnahmen zu verhindern suchen würden. Die häufigste Praxis der Gewerkschaften besteht darin, hinter dem Rücken der Lohnabhängigen Sozialpläne auszuhandeln und diese dann als Erfolg zu verkaufen. Diese Logik wurde vor allem seit den Krisenjahren der 1970er Jahre in den Gewerkschaften, der Periode der sogenannten «Flexibilisierungsabkommen», gegen den inneren Widerstand wie etwa dem «Manifest 77» und einzelnen Arbeiterkämpfen, auf einer neuen Stufenleiter durchgesetzt und bestätigt und hat damit entscheidend zu einer folgeschweren Lähmung der Arbeiterklasse beigetragen.

In Zeiten von Wachstum erlaubt diese Logik, die Produktivitätsgewinne je nach Zugeständnissen der Unternehmer an die Arbeitenden teilweise weiterzugeben. Diese Zugeständnisse liegen heute weit unterhalb dieser Produktivitätsgewinne; so kann man davon ausgehen, dass in den vergangenen 30 Jahren diese ca. 50 % betrogen, während die real verfügbaren Einkommen alles in allem für die grosse Mehrheit der Arbeitenden nur leicht gewachsen sind. Zwischen 1950 und 1970 sind die Löhne um 70 % und die Profite um 195 % gewachsen. Diese Bilanz wäre mit einer kämpferischen Politik der Gewerkschaften (und der Sozialdemokratie) für die Lohnabhängigen deutlich besser gewesen.

Betrachtet man die Vermögensstatistiken für natürliche Personen, so zeigen sich die Auswirkungen des Arbeitsfriedens (und der Konkordanz-Demokratie) unzweideutig: Im Zeitraum von 1981 bis 2007 wuchs das Vermögen aller Steuerpflichtigen insgesamt um 394 %. Dasjenige der Lohnabhängigen mit einem Vermögen von bis 199'000 Franken dagegen lediglich um 34 %, während die Steuerpflichtigen mit einem Vermögen ab fünf Millionen Franken um 945 % reicher wurden. Der absolute Arbeitsfriede hat einen wichtigen Beitrag, nebst anderen Faktoren, z.B. der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie (Konkordanz), zu dieser beschleunigten Konzentration der Vermögen und zu einem Prozess der relativen Verarmung der Lohnabhängigen beigetragen, weit entfernt davon, wichtige Voraussetzungen für einen breiten Wohlstand zu sein. Unter relativer Verarmung versteht man die Verringerung der Lohnquote, des Anteils der Löhne am gesamten Volkseinkommen. Die Lohnquote lag in der Schweiz schon immer unterhalb des OECD-Durchschnitts (siehe oben); sie fiel beispielsweise zwischen 1980 und 2012 von 70 % auf 56 % (OECD).

Die Schweizer absolute Friedenspflicht, die extremste Form des Arbeitsfriedens, spielt auf der Ebene der Produktion eine entscheidende Rolle: Sie verschafft den Schweizer Unternehmern im Zusammenhang einer immer schärfer werdenden Konkurrenz einen immer wichtigeren Standortvorteil, da es kaum zu Unterbrüchen in der Produktions- und Lieferkette kommt. Der Hauptgrund dafür ist die sehr geringe Streikdichte. Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Streikdichte und die beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Abbildung 5: Streikdichte und Streikende in der Schweiz 1880 – 2003 (aus: Degen)



Quellen: Gruner 1988: 647; SGB-Statistik; Ritzmann-Blickenstorfer 1996: 1007-1009; Volkswirtschaft, Stat. Jahrbuch.
© 2005 Historisches Lexikon der Schweiz (HLS) und Marc Stegentaler, Bern.

Allerdings gab es in der Schweiz der Nachkriegszeit immer wieder Streiks, die allermeisten davon aber begannen als wilde Streiks, als spontane Reaktionen der Lohnabhängigen gegen Forderungen und Massnahmen der Unternehmer, wie sie den Alltag der Lohnabhängigen immer prägen (siehe dazu Autorenkollektiv Materialien zur Intervention). Sie brechen damit mit der Politik der Klassenzusammenarbeit, an der die Gewerkschaftsführungen eisern festhalten. So auch in den vergangenen Jahren. Beispielsweise beim Streik bei Boillat in Réconvilier vom Frühjahr 2006 und vier Jahre später in den SBB Werkstätten im Frühjahr 2008. Zwei Kämpfe mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen, aber doch gemeinsamen Merkmalen: Eine lange Dauer, eine breite Beteiligung unter der Belegschaft und schliesslich ihr Ausgreifen in die Gesellschaft, im Sinne, dass diese Kämpfe in der Bevölkerung – unter anderem durch Mobilisierungen - einen grossen Rückhalt fanden. Der Unterschied lag darin, dass bei den SBB Werkstätten das Streikkomitee gleich zu Beginn des Arbeitskampfes erklärte, dass die Gewerkschaft kein Verhandlungsmandat habe. So konnte diese nicht, wie in zahllosen anderen Fällen und wie auch bei Boillat, den Streikenden mit Geheimverhandlungen in den Rücken fallen, und so konnten diese im Streik ihre Forderungen durchsetzen.

Solche Ereignisse aber bleiben isoliert. Sie führten zu keinem Schneeballeffekt. Und dies sicher nicht, weil bei den Arbeitenden keine Bereitschaft zum Einsatz der Waffe des Streiks bestehen würde. Der Streik stellt für sie kein ehernes Tabu dar – im Gegenteil. Sondern weil die Gewerkschaftsführungen nicht abrücken von der Aufrechterhaltung des (absoluten) Arbeitsfriedens. Dies freut die Unternehmer in ihrem Klassenkampf gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen währenddessen diese, wehrlos und ohne kollektive Handlungsperspektive, weiterhin «ihre Haut zu Markte tragen» müssen.

4. Wirtschaftsliberalismus als strukturelle Konstante im Paradies des Kapitals

Die frühe Errichtung, die Festigung und die Dauerhaftigkeit eines liberalen polit-ökonomischen Systems bildet eine weitere Eigenheit des helvetischen Kapitalismus. Das heisst, dass die Schweizer Bourgeoisie es verstanden hat, eine soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung aufzubauen und zu konsolidieren, die weitestgehend auf die Interessen der Unternehmer ausgerichtet ist. Unabhängig von ökonomischen Zyklen, von Phasen der Krise und des Wachstums des globalen Kapitalismus, der grossen Zusammenstösse zwischen den imperialistischen Mächten (Weltkriegen, grossen sozialen und politischen Krisen, usw.), gelang es der Schweizer Bourgeoisie, am Grundsatz der liberalen, ja ultraliberalen Wirtschaftspolitik über die vergangenen mindestens anderthalb Jahrhunderte festzuhalten (Ruffieux).

In anderen Industrieländern, insbesondere in Europa, mussten die nationalen Bourgeoisien in verschiedenem Masse wichtige Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung gewähren; oder sie mussten im Zusammenhang bestimmter Ereignisse keynesianische Massnahmen treffen und wichtige Sektoren, etwa Industrien, Banken, Dienstleistungen, für Staatsinterventionen öffnen oder gar verstaatlichen. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Demgegenüber

befand sich die Schweizer Bourgeoisie nie in einer Situation, wo sie diesbezüglich wichtige Zugeständnisse machen musste, vor allem nicht gegenüber der Arbeiterbewegung. Wenn sie von ihrem liberalen Kurs abrückte, dann eher zugunsten der Bauern, die sie sich bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts als konservative und treue Leibgarde mit Einfuhrzöllen und staatlichen Subventionen gegen allfällige soziale Unruhen bewahren wollte.

Der hyper-liberale Rahmen, wie er durch die führenden Sektoren der Schweizer Bourgeoisie im Verlaufe des 19. Jahrhunderts geschaffen wurde, widerspiegelt nur die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, das heisst die Tatsache, dass die Arbeiterklasse kaum je die Chance hatte, als unabhängiges geschichtliches Subjekt in die Politik dieses Landes einzugreifen. Die Bourgeoisie konnte so Erfolg auf Erfolg häufen – die Kehrseite der Rückschläge für die organisierte Arbeiterbewegung und der ideologischen Kooptierung der Mehrheit von deren Apparaten. Die Schweizer Bourgeoisie konnte so ihrer Herrschaft eine geschichtliche Kontinuität verschaffen und diese Herrschaft in eine strukturelle Voraussetzung für das «Erfolgsmodell Schweiz» verwandeln.

Dieser hyper-liberale Rahmen sichert der helvetischen Bourgeoisie, auch im Vergleich mit ihren Konkurrenten aus anderen Ländern, speziell günstige Bedingungen für die Klassenherrschaft und für die Kapitalverwertung. Diese Bedingungen können im Einzelnen so zusammengefasst werden:

- a. Ein auf das Notwendigste reduzierter Service public.
- b. Ein Fehlen eines staatlichen Industriesektors und das Fehlen einer staatlichen Industriepolitik.
- c. Sehr beschränkte Möglichkeiten der staatlichen Interventionen in die Wirtschaft. Das Beispiel der UBS-Rettung vom Oktober 2008 ist eine grosse Ausnahme, mit der unter Umgehung aller demokratischen Regeln 15 % des BIP aufgewendet wurden; diese Intervention zeigt, dass die Schweizer Bourgeoisie durchaus in der Lage ist, via Notrecht entschlossen durchzugreifen, wenn die Situation dies erfordert.
- d. Ein bis vor kurzem sehr weitgehendes Bankgeheimnis und eine kaum existierende Kontrolle im Finanzsektor (freier Kapitalverkehr). Das Bankgeheimnis wird jetzt unter dem unwiderstehlichen Druck konkurrierender Finanzplätze, insbesondere der USA, gelockert. Die Grossbanken haben ihre Geschäftsstrategien mittlerweile entsprechend umgestellt, viele Privatbanken werden aber deshalb in grössere Probleme laufen.
- e. Eine sehr tiefe Steuerbelastung vor allem für die Reichen und die Superreichen und die Unternehmen. Dabei wird durch die föderalistische Struktur obendrein noch ein Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen angeheizt, der die Steuerbelastung für das Kapital noch weiter nach unten drückt. Diese Steuerpolitik ist neben der Politik der Geldwert-Stabilität und der Zweiten Säule in der Altersvorsorge ein wichtiger Pfeiler für die materielle Stabilisierung des Finanzplatzes Schweiz.
- f. Ein anhaltender Widerstand gegen alle Bemühungen, ein solides System von Sozialversicherungen zu schaffen, insbesondere gegen eine tragfähige Altersvorsorge, die auf dem Umlageverfahren (AHV; Erste Säule) beruht.
- g. Eine sehr liberale Arbeitsgesetzgebung, ohne wirkliche Rechte für die Lohnabhängigen, mit einer der höchsten Arbeitszeitvorgaben, ohne Minimallöhne, ohne Kündigungsschutz, ohne Schutz für Gewerkschaftsaktivisten in den Betrieben, und anderes mehr.
- h. Ein System der politisch-ideologischen und institutionellen Kooptation der Führungen der Organisationen der Arbeiterbewegung nach dem Muster des «Arbeitsfriedens» und der «Konkordanz-Demokratie».
- i. Eine Logik der starken Fragmentierung der möglichen sozialen und politischen Konflikte vor allem über die integrativen Potentiale des Föderalismus, des «Arbeitsfriedens» und der «Konkordanz-Demokratie».

Die Elemente dieses politisch-ökonomischen Rahmens haben der Schweizer Bourgeoisie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute als grundlegende Referenz für ihre Politik gedient. Die Lösungen zu allen grösseren Problemen wurden innerhalb dieses Rahmens gesucht.

Die konservativen Gegen-Reformen, die anfangs der 1990er Jahre offensiv eingeleitet wurden, stellten in gewisser Weise eine brutale Fortsetzung der bereits Ende der 1960er Jahre durch die führenden Unternehmer des Exportsektors eingeleiteten Umorientierungen dar. Seit den 1970er und mit erhöhtem Tempo ab den 1990er Jahren wurde die Schweizer Wirtschaft und Industrie von Kopf bis Fuss umgebaut – mit einem weitgehenden Einverständnis der Gewerkschaften - und die Rangordnung innerhalb der Schweizer Bourgeoisie verschob sich deutlich. In den 1990er Jahren wurde der Staatsapparat umgebaut über die Liberalisierung der öffentlichen Dienste, den Umbau der Steuersysteme zugunsten der Unternehmer und über die Einleitung massiver Angriffe auf die Sozialversicherungen (AHV, zweite Säule, Krankenversicherungen, Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung), unter anderem auch durch die strukturelle Etablierung eines Grundsatzes von workfare (Wyss). Die Asylgesetzgebung wurde verschärft. Für all diese Angriffe waren oft sozialdemokratische Regierungsmitglieder an vorderster Front verantwortlich.

Zusammengefasst kann die Wende der 1990er Jahre als Beginn einer Neudefinition des polit-ökonomischen Rahmens des Schweizer Kapitalismus bezeichnet werden. Dies geschah unter dem Zwang eines immer grösseren Druckes ökonomischer Krisen, die immer näher aufeinanderfolgten und immer tiefer werden. Diese erzeugten eine immer schärfere Konkurrenz zwischen den einzelnen Ökonomien um die möglichst günstigsten Bedingungen für die Kapitalverwertung. In den 2000er Jahren verbuchten die Schweizer Unternehmer mit der beinahe bedingungslosen Öffnung gegenüber dem europäischen Arbeitsmarkt mit 350 Millionen gut qualifizierten Lohnabhängigen einen weiteren grossen Erfolg und lieferten die Arbeitenden in der Schweiz deren Konkurrenz aus; die Gewerkschaften nutzten diese einmalige Chance nicht, um Bedingungen durchzusetzen, z.B. mit einem flächendeckenden Minimallohn und einem Kündigungsschutz, die den Lohnabhängigen einen zumindest zeitweiligen Schutz vor Lohndumping und dem permanenten Druck auf die Arbeitsbedingungen gewährt hätte.

5. Ein Kronzeuge für das helvetische Paradies des Kapitals

Die oben skizzierten fünf Eckpunkte einer Interpretation der Wirklichkeit des Schweizer Kapitalismus, seiner spezifischen Eigenschaften, die seine Verankerung im imperialistischen System begründen, sind natürlich nicht erschöpfend. Dazu lassen wir am besten einen Repräsentanten eines grossen internationalen Rohstoffkonzerns zu Worte kommen, der uns die Gründe darlegt, die den Konzern bewogen haben, seinen Hauptsitz in die Schweiz zu verlegen: Renato Neves, Präsident von Vale international SA, des brasilianischen Multis, die aus der Privatisierung eines öffentlichen Unternehmens von 1997 hervorgegangen ist. Vale ist weltweiter Marktführer des Abbaus und der Verarbeitung von Eisen und weltweit unter den führenden Firmen auf dem Gebiet des Abbaus anderer Mineralien (Nickel, Kupfer, Kohle, Mangan, Bauxit, Aluminium). Diese erdumspannende Macht hat im Februar 2006 den Sitz ihrer Gesellschaft nach Saint-Prex im Kanton Waadt verlegt. Wenn diese Verlagerung auch mit den kolossalen Steuergeschenken seitens des Kantons Waadt – man spricht von bis zu 3 Milliarden Franken eingesparter Steuern allein zwischen 2006 und 2009 - zu erklären ist, so stimmt auch, dass Vale International SA ebenso gut ein anderes Steuerparadies hätte auswählen können, wenn dies das einzige massgebliche Kriterium gewesen wäre. So erläutert Renato Neves in einem Interview von 2012 an die Wirtschaftszeitung L'Agefi (11. Mai) die entscheidenden Kriterien, die den Ausschlag für diesen Standort im Kanton Waadt abgaben.

Was die geografische Lage anbelangt, so stellt er fest, dass die Schweiz «im Herzen Europas eine strategische Position einnimmt zwischen den verschiedenen Welt-Regionen, die für Vale lebenswichtig sind (Lateinamerika, Asien und Nordamerika). Sie befindet sich in der Mitte der Zeitzonen, zwischen unserem Hauptsitz in Rio de Janeiro und unseren Betriebs- und Geschäftszentren, die über die ganze Welt verteilt sind. Diese zentrale Lage erleichtert die Kommunikation und das Reisen zwischen den verschiedenen Niederlassungen. Von dieser Basis in der Schweiz aus können wir jeden unseren Kunden in Europa innerhalb einer oder zwei Stunden Reisezeit mit der Bahn oder mit dem Flugzeug persönlich treffen und innerhalb sieben oder acht

Stunden unsere Kunden in Nordamerika oder im Mittleren Osten. Um sich ab Brasilien nach Asien zu begeben sind 24 Stunden Flug notwendig, ohne die Zeit einzuberechnen, die beim Warten auf Anschlussflüge verloren geht. Von der Schweiz aus gelangen wir dank der Direktflüge innerhalb von zwölf Stunden nach Japan oder nach China. Diese Möglichkeit, viel schneller bei unseren Kunden zu sein, ist in unserem Geschäft von ausschlaggebender Wichtigkeit. Es geht dabei nicht nur darum, in einer vernünftigen Zeitspanne bei unseren Kunden zu sein. Wir haben auch einen erleichterten Zugang zu mehreren unserer Lieferanten, wie Caterpillar, die ihren Sitz in Genf hat oder zu Mechel in Zug. Die Firma Matisa in Crissier beliefert uns mit Eisenbahnausrüstung und ist nur einige Minuten von unseren Büros entfernt. Wir sind übrigens auch in der Nähe unserer Investoren in den grossen Finanzzentren und Häfen. Wir sind in der Nähe der Handelsgesellschaften in Genf oder sonst wo in Europa. Dies gilt auch für andere Einrichtungen, mit denen wir Verbindungen haben. Schlussendlich erlaubt uns unsere zentrale Lage in der Schweiz, in unserer operationellen Tätigkeit viel effizienter zu sein, wie etwa in der Koordination unserer logistischen Programme für Eisen, Nickel, Mangan und Kupfer für Europa, Nordamerika, Afrika, den Mittleren Osten und selbst für Asien. Diese Möglichkeit, mit unseren Partnern während ihrer Arbeitszeit verhandeln zu können, trotz der unterschiedlichen Zeitzonen, ist von herausragender Wichtigkeit für unsere Arbeit, vor allem angesichts der Geschwindigkeit und der Dynamik, die die multinationalen Konzerne heute kennzeichnen. In Saint-Prex betreiben wir die zentralen betrieblichen Funktionen, wie etwa die Beschaffung und die Personalabteilung für die Region EMEA (Europa, Mittlerer Osten und Asien), oder die Verkaufs- und Dienstleistungsabteilungen für Europa und Asien für Eisen, Mangan, Nickel, Kupfer, Kohle. Für uns ist es deshalb entscheidend, dass wir uns geografisch an einem günstigen Ort befinden, um unsere Geschäfte schneller und effizienter abwickeln und um die günstigen Gelegenheiten und unsere Mittel optimal einsetzen zu können. Dies sind entscheidende Faktoren für ein wirklich globales Unternehmen wie das unsere, das von der Logistik und der Leistungsfähigkeit der Beschaffungskette abhängig ist.»

Der zweite hervorgehobene Aspekt betrifft die Infrastrukturen des Landes: «Häufige und zuverlässige Verbindungen garantieren einen leistungsfähigen und bequemen Personen- und Warentransport. Die Versorgung mit Energie und Wasser, wie auch das Angebot an Post- und Telekomdienstleistungen sind rund um die Uhr garantiert. Ein gut entwickeltes Gesundheitssystem garantiert für die Bevölkerung den Zugang zu medizinischen Leistungen, ohne lange Anfahrtswege. Jeden Tag verkehren allein für die SBB 9000 Züge auf einem Schienennetz von 3000 km Länge. 95 % der Passagiere gelangen innerhalb von fünf Minuten nach der vorgesehenen Ankunftszeit an ihr Ziel. Gemäss dem World Economic Forum und seinem Bericht über die globale Wettbewerbsfähigkeit für 2010-2011 besitzt die Schweiz die besten Infrastrukturen der Welt. Der Flughafen Zürich ist eines der wichtigsten Transportzentren in Europa. Dies wurde durch einen oberen Platz auf der jährlichen Rangliste des Airport Service Quality Award bestätigt. In einer globalen Perspektive befindet sich Zürich, hinter Taipeh und vor San Diego auf dem zweiten Platz unter den Flughäfen mit 15 bis 25 Millionen Passagieren pro Jahr. Was die Telekom-Infrastruktur anbelangt, befindet sich die Schweiz an der Spitze mit der Anzahl von Breitbandanschlüssen: Über 38 Breitbandanschlüsse auf 100 Einwohner. Der Mittelwert für die OECD liegt bei 25.1.»

Der dritte Anziehungsfaktor liegt in der Qualität und der reichlichen Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften auf dem Schweizer Arbeitsmarkt: «Die Schweiz erfreut sich eines vorzüglichen Umfeldes, um hochqualifizierte Arbeitskräfte und Kader anziehen zu können. Die öffentlichen Schulen haben einen guten Ruf. In der PISA-Klassierung der OECD übertreffend die Schweizer Studenten den Notendurchschnitt anderer OECD-Staaten. Andererseits belegt das Schweizer Gesundheitssystem gemäss dem World Competitiveness Yearbook, das vom IMD (World Competitiveness Center) herausgegeben wird, weltweit den zweiten Rang. Die Leute wollen an einem Ort arbeiten, wo die Wohnungen bequem, die Strassen in einem guten Zustand sind, wo die Kriminalität tief und der Zugang zu Unterhaltung und zu einer intakten Natur leicht ist. Die Schweiz, und speziell der Kanton Waadt gehören zu diesem sehr internationalen Umfeld dank der Präsenz von multinationalen Konzernen, den Sitzen von grossen Unternehmen und dem Finanzsektor. Für ein wirklich multinationales Unternehmen wie das unsere stellt dies ein hervorragender Wettbewerbsvorteil bei der Personal-Rekrutierung und bei der Bindung der besten Talente dar, die

gewohnt sind, für internationale Unternehmen zu arbeiten und ihr Wissen und ihre Erfahrungen auszutauschen. In unseren Büros arbeiten 115 Angestellte, es werden 20 verschiedene Sprachen gesprochen und die Mehrheit der Angestellten hat bereits Erfahrung mit der Arbeit bei einem multinationalen Unternehmen. Die Schweizer Angestellten sind hoch qualifiziert: 2008 haben 32 % von ihnen einen Universitätsabschluss. Die Schweiz ist für ihre polyglotten Arbeitskräfte bekannt und die Schweizer Kader haben mehr internationale Erfahrungen als der Durchschnitt. Hinsichtlich der Motivation liegt die Schweiz hinter Dänemark auf Platz zwei.»

Dann lobt Neves die Stabilität des helvetischen Kapitalismus: «Die Schweiz ist ein sehr gastfreundliches Land, um hier seine Geschäfte zu betreiben. Das Land ist politisch, wirtschaftlich und sozial sehr stabil. Ein zuverlässiger rechtlicher Rahmen, langfristig stabile Grundlagen für Investitionen, vergleichsmässig wenig Regulationen wie auch die Nähe zu Forschungsinstituten stellen Faktoren dar, die aus der Schweiz für Unternehmen, die Dienstleistungen und Produkte hoher Qualität anbieten, einen bevorzugten Ort in Europa machen. Die Mechanismen zur Unterstützung der Unternehmen sind auf höchstem Niveau im Kanton Waadt- Zum Beispiel hat das Wirtschaftsdepartement des Kantons Waadt, das einer unserer Partner ist, uns bei unserer Ankunft sehr geholfen. Wir werden auch von der Waadtländischen Industrie- und Handelskammer unterstützt, die uns aufs Beste half, uns zu integrieren. Sicherlich, wie zahlreichen anderen multinationalen Firmen, wurden uns Steuererleichterungen angeboten; aber nur unter der Bedingung, dass wir aufzeigen, dass wir Arbeitsplätze schaffen, dass wir lokal investieren und dass wir Verbindungen zu Schweizer Hochschulen herstellen. Dies haben wir in aller Offenheit gegenüber den politischen Gremien getan, und zwar von Anbeginn unseres Wirkens in der Schweiz. »

6. Ansätze für Befreiung?

6.1 Globalisierung des Klassenkampfes

Seit 2010 haben sich weltweit so viele Menschen an Mobilisierungen, Blockaden, Streiks und Betriebsbesetzungen beteiligt, wie noch nie in der Geschichte. Sie haben mancherorts Regierungen gestürzt, aber sie konnten die Macht in den Staaten nicht übernehmen. Im Gegenteil: Was nachher kam, war noch schlimmer, als das, wogegen sie angetreten waren. Sie wurden mancherorts in Bürgerkriege verwickelt hinter denen nur zu oft die alten Eliten in Zusammenarbeit mit imperialistischen Mächten stehen, die nur eines wollen: Verhindern, dass diese in Bewegung geratenen Massen über ihr eigenes Schicksal bestimmen können. Angesichts dieser Situation mag es vermessen scheinen, von Befreiung zu sprechen; wie die Beispiele zu lehren scheinen, führt jeder solcher Versuch unweigerlich in die Katastrophe, wie schon zuvor in der Sowjetunion, die spätestens ab den 1930er Jahren die selbe Lektion zu vermitteln schien. Wirklich?

Unsere Einschätzung der Bedeutung dieser Erhebungen, bei all ihren Unterschieden, lässt sich unter anderem entlang folgender Achsen betrachten:

- a. Diese Massenaufstände wandten sich gegen Verhältnisse, wie sie durch die tiefgehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte hervorgerufen wurden: Korrupte und autoritäre Regimes, neoliberale Gegen-Reformen und Abbaumassnahmen, soziale Probleme. Vieles davon trifft auf die Ukraine, Osteuropa, den Balkan, die Türkei, Griechenland, Spanien, Aegypten, Libyen, Syrien, Jemen, Burkina Faso, Südafrika, Brasilien, Bangladesh und andere Orte gleichzeitig zu. Es sind dies Manifestationen einer Globalisierung des Klassenkampfes.
- b. Beinahe überall gab es sehr schwache Ansätze von Strukturen einer kämpferischen Arbeiterbewegung, oft in Verbindung mit Keimen einer revolutionären politischen Linken. Diese aber waren beim Ausbruch der Aufstände zu schwach, um den Erhebungen eine deutlich hervortretende klassenkämpferische politische Orientierung zu geben. Es kam in Einzelfällen zu Keimformen von Räteorganisation, etwa in den zivilen und militärischen Selbstverteidigungsstrukturen und in den Besetzungen von Fabriken, Medien, Gesundheitseinrichtungen und Schulen. Aber diese Ansätze vermochten bislang nicht, entsprechende politische Formen hervorzubringen. Das heisst Formen, die das Privateigentum zugunsten solcher Selbstorganisation in die Schranken weist. Im Gegenteil:

die marktliberalen Abbaumassnahmen werden verschärft, sofern die Länder nicht im kriegerischen Chaos versinken, wie beispielsweise in Syrien und in Libyen.

- c. Die Offensive des Imperialismus, verstanden als weltweites System der politischen Organisation des globalen Kapitalismus im Sinne einer Erhaltung und Weiterentwicklung der Bedingungen der Kapitalherrschaft, scheut vor keinem Mittel zurück, um die befreienden Elemente dieser Massenaufstände in die Schranken zu weisen. An vielen Orten genügen dazu – vorläufig? - die Mechanismen der Kooptation in den bürgerlichen Demokratien, wie in Spanien, Griechenland und an anderen Orten. Grosse Segmente der in Bewegung geratenen Massen setzen nach den ersten Rückschlägen in erster Linie auf die institutionellen Methoden, sofern solche überhaupt existieren, um in ihren Anliegen weiterzukommen. Dabei spielen – je nach Umständen – Parteien sozialdemokratischer oder kommunistischer Herkunft eine Schlüsselrolle; zudem verdichten sich die Anzeichen, dass die neuen, sogenannten breiten Parteien (Spanien, Griechenland, Frankreich, Portugal und an anderen Orten) eine ähnliche Rolle spielen werden. Ein wichtiges Indiz in dieser Richtung ist ihre strikte Weigerung, an einer wirklichen programmatischen Klärung zu arbeiten; eine solche liesse sich mit der in erster Linie elektoralistischen Ausrichtung dieser breiten Parteien, deren Modell Die Linke in Deutschland und Syriza in Griechenland sind, gar nicht vereinbaren; die in diesen Projekten mitgeführte «reformistische Illusion besteht gerade darin, dass die gesellschaftliche Mehrheit sich letztendlich der elektoralen Mehrheit anschliessen würde und dass folglich die gesellschaftliche Veränderung einfach ein Resultat der Wahlen sein könne» (Bensaïd).
- d. Dabei spielt die organische Verbundenheit der durch Massenaufstände bedrängten nationalen Eliten mit den miteinander konkurrierenden imperialistischen Ländern eine wichtige Rolle in den Versuchen, die alte Ordnung einigermaßen zu retten. Wichtige imperialistische Akteure in diesem Zusammenhang sind die USA, die EU, Deutschland, Russland, Frankreich, Israel, Saudi-Arabien, Katar, China, Iran, Brasilien und andere; die Schweiz hält sich entsprechend ihrer traditionellen Rolle der Drehscheibenfunktion eher von direkter Parteinahme zurück – ausser dass sie immer an vorderster Front steht, wenn es um Programme für Strukturanpassungen geht. Zieht die sogenannte westliche Wertegemeinschaft in einen ihrer räuberischen und blutigen Feldzüge, ist sie aber gerne bereit, Überflugrechte und diplomatische Dienste anzubieten.
- e. Uns ist kein Fall bekannt, wo sich eine der imperialistischen Mächte, die Schweiz eingeschlossen, je versucht hätte, die aufständischen Massen auf einem wirklich demokratischen Programm zu einen und materiell in ihrem Kampf zu stärken. Diese Einschätzung unterscheidet sich deutlich von einer unter der Linken weitverbreiteten Ansicht, die die Ursache und die Auslösung der Massenaufstände der letzten Jahre irgendwelchen destabilisierenden Machenschaften imperialistischer Mächte zuschreibt. Diese Einschätzung lehnt sich dabei oft an eine andere imperialistische Macht an. Am Beispiel der Ukraine ist dies beispielsweise Russland, in Libyen war dies Ghaddafi (zusammen mit Russland und Israel!), in Syrien ist dies Assad (zusammen mit den USA, Iran und Russland!).
- f. Die Schwierigkeit besteht darin, die hinter diesen dramatischen Zuspitzungen des Klassenkonflikts auf globaler Stufenleiter stehenden sozialen und politischen Prozesse zu entziffern und zu versuchen, einigermaßen richtige praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Es gibt heute kaum mehr Referenzen, die einfach an Regierungen, politischen Führungen anknüpfen lassen, ja selbst Modelle lassen sich wohl kaum mehr finden (Bensaïd). Es bleiben als Ansätze nur die Tradition des revolutionären Marxismus, wie er nach den Katastrophen der Dreissiger Jahre vor allem im Umfeld der Linken Opposition und der Vierten Internationale überlebt hat und die Menschen, die Geknechteten und Ausgebeuteten, die einen kollektiven politischen Weg aus ihrer Misere suchen und sich dafür in Bewegung setzen, dafür aus ihrem Alltag heraustreten und kämpfen, oft unter Einsatz ihres Lebens.

- g. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fundamente des Schweizer Kapitalismus werden früher oder – eher - später in den Strudel der sich vertiefenden Krise des globalen Kapitalismus gerissen werden. Diese Krise äussert sich in einer wachsenden ökologischen Krise, einem zunehmenden Verarmungsprozess selbst in den imperialistischen Zentren und um sich greifender kriegerischer Entwicklungen. Nebst den Massenerhebungen führen diese tiefgreifenden Umbrüche der globalen Verankerung des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses zu wachsenden Massenwanderungen und Flüchtlingsströmen (Gatti), zu einem Zerfall der herrschenden geo-politischen Ordnungssysteme und einer Vernichtung von ungeheuren Massen an materiellem und kulturellem Reichtum. Erreicht diese Welle eine Gesellschaft ohne sichtbare, tragfähige Ansätze einer revolutionären Lösung der Krise, das heisst einer Überwindung und Zerschlagung der Fundamente der bürgerlichen Herrschaft, dann treten immer reaktionärere Lösungsmuster in den Vordergrund: Rassismus, National-Chauvinismus, autoritäre und anti-demokratische Gegenreformen, gewaltsamer Ausschluss «unnützer» Teile der Bevölkerung, Perfektionierung und Militarisierung der Repressions- und Überwachungsinstrumente usw.. Die Ansätze dazu sind auch in der Schweiz über die vergangenen dreissig Jahre in modernisierter Form aufgebaut worden – oft unter der ideologischen Klammer eines nationalistischen Bündnisses in der internationalen Standortkonkurrenz. Eine gängige Formel dieser ideologischen Klammer ist diejenige des «Erfolgsmodells Schweiz».

6.2 Was tun mit all dem in der Schweiz, dem «Paradies des Kapitals»?

«Während die heutige Situation vom Sieg der neokonservativen Offensive, der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und einem Rechtsrutsch in der Politik geprägt ist, haben eben diese neokonservativen Angriffe zu einer diffusen Unzufriedenheit geführt, die auch positive Auswirkungen hat» (Antikapitalistische Linke).

Wie es Engels trefflich formuliert hat, ist «das allgemeine Stimm- und Wahlrecht der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat». An den Resultaten der Volksabstimmungen der letzten Jahre ist deutlich ein Unbehagen mit der Politik der Liberalisierungen erkennbar, wie auch mit der Abbaupolitik, vor allem in der Altersvorsorge. Da die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie für die einfachen Leute kaum mehr Referenzen sind, schlug das Unbehagen an den Liberalisierungen vor allem des Arbeitsmarktes, insbesondere mit dem freien Personenverkehr, häufig als Erfolg für die national-chauvinistischen Kräfte aus: Minarettverbot (2009), Ausschaffungsinitiative (2010), Verschärfung der Asylgesetze (2013), Initiative gegen die Masseneinwanderung (2014). Umgekehrt hatten gewerkschaftliche und sozialdemokratische Initiativen und Referenden keine Chance bei Abstimmungen: Revision der Arbeitslosenversicherung (2010), Steuergerechtigkeitsinitiative (2010), Ferieninitiative (2012), 1:12 (Für gerechte Löhne) Initiative (2013), Mindestlohninitiative (2014) und die Einheitskassen-Initiative (2014). Einzig die von einem rechten Komitee lancierte sogenannte Abzocker-Initiative, unternehmerfreundlich und ohne Auswirkungen auf die Einkommen der Lohnabhängigen, wurde gutgeheissen. Eine wichtige Ausnahme ist die Ablehnung der Senkung des Umwandlungssatzes bei der Zweiten Säule der Altersvorsorge (2010). In dieser Frage brachen die inneren Spannungen in der rechts-chauvinistischen SVP auf, wo sich die breite proletarische Basis gegen dieses Vorhaben der Regierung aussprachen – und gegen die Leitung der nationalen Partei!

«Eines steht ausser Frage: der Bruch mit dem Kapitalismus, der Antrieb unseres Engagements, ist nur möglich, wenn die Lohnabhängigen bei der Verteidigung ihrer Rechte selbst zu Akteuren werden. Das ist die erste Voraussetzung für die Entstehung von Kollektiven, die Können und Erfahrung sammeln, die gegenüber den Herrschenden ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, die die Realität nach anderen Kriterien lesen können als ihnen dies die Herrschenden vorgeben und die folglich ihr Handeln umfassender sehen» (Antikapitalistische Linke). Und es gibt über die vergangenen wenigen Jahre Beispiele, wo die Lohnabhängigen, die Studentinnen, die Jugend selbst aktiv wurden in ihrer Ablehnung der Marktliberalisierungen in ihrem Arbeits- und Lebenszusammenhang. Die Streiks in den Genfer Spitälern, Altersheimen und im Flughafen (2011 bis 2013), der Streik im Spital La Providence in Neuchâtel (2012 bis 2013), bei Novartis Nyon (2011) und bei Merck-Serono in Genf

(2012). Auch in der Deutschschweiz kam es zu mehreren Arbeitskämpfen, bei denen es allerdings den Streikenden meistens nicht gelang, gegenüber den Gewerkschaftsführungen einen gewissen autonomen Handlungsspielraum zu bewahren. Dies führte beispielsweise in der Kartonfabrik Deisswil 2010 in eine grausame Niederlage. Dann sei an die studentischen Mobilisierungen von 2009 erinnert. Und an die Ausläufer der Occupy-Bewegung, die in der Schweiz zwar schwach war, aber doch zu Zusammenhängen führte, die da und dort noch ca zwei Jahre fortlebten.

Es gibt also auch in der Schweiz Anknüpfungspunkte für die Entwicklung von verpflichtenden Handlungszusammenhängen im Sinne einer Überwindung der Herrschaft des Kapitals. Die Tradition des revolutionären Marxismus ist an den Menschen zu messen, die zu Handelnden in den Kämpfen werden. Das heisst, es braucht eine «Beteiligung an den Strukturen und Schauplätzen, um den sozialen Konflikt voranzutreiben. Das heisst auch, auf Aktionseinheiten hinarbeiten, damit kollektive Mobilisierungen entstehen oder sich ausweiten» (Antikapitalistische Linke). Und mit den Aktivistinnen und Aktivisten einen organisierten Kontakt aufbauen und mit ihnen in eine programmatische Debatte um die strategischen (und taktischen) Aufgaben zu treten, an deren Ende der Aufbau eines politischen Instruments stehen sollte, um die Ziele der Bewegung zu Ende zu führen. Dieses Vorgehen ist dem Verständnis der «Linken» genau entgegengesetzt: Diese wendet sich in erster Linie an die retardierenden Teile der Gesellschaft, heute vor allem die Mittelschichten, die kein Interesse daran haben, die Gesellschaft durch die Entwicklung von Basisaktivitäten zu destabilisieren. Sie nutzen die Bewegungen nur, um sie für ihre Zwecke, den Erhalt des «Erfolgsmodells Schweiz», zu kontrollieren.

7. Referenzen:

- Antikapitalistische Linke: Programmatisches Manifest. 2008. Unter: <http://maulwuerfe.ch/?p=304>
- Autorenkollektiv Materialien zur Intervention: Arbeiterkämpfe in der Schweiz 1945 – 1973. Die Entstehung einer internationalen Arbeiterklasse. Zürich, 1974. Unter: <http://maulwuerfe.ch/?p=327>
- Bairoch, Paul: Victoires et déboires. Histoire économique et sociale du monde du XVI siècle à nos jours. Vol I – III. Paris, 1997
- Bensaïd, Daniel : Strategie und Partei. 2007. Unter: <http://maulwuerfe.ch/?p=219>
- Bergier, Jean-François : Histoire économique de la Suisse. Lausanne, 1984
- Breiding, R. James & Schwarz, Gerhard: Wirtschaftswunder Schweiz. Zürich, 2011
- Callinicos, Alex: Imperialism and Global Political Economy. Cambridge, 2011
- Degen, Bernhard: Kollektive Arbeitskonflikte in der Schweiz. In: Budowski, Monica & Nollert, Michael (rsg.): Private Macht im Wohlfahrtsstaat. Akteure und Institutionen. Zürich, 2014
- Eberle, Willi: Freihandel : Alle Macht dem Kapital ? Vorwärts, 1. Mai 2014. Abrufbar unter: <http://maulwuerfe.ch/?p=144>
- Flückiger, Stefan & Schwab, Martina: Globalisierung: Die zweite Welle. Was die Schweiz erwartet. Zürich, 2011
- Garbani, Philippe; Schmid, Jean: Le syndicalisme suisse. Histoire politique de l'Union syndicale. Lausanne, 1980
- Gatti, Fabrizio : Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa. Reinbek bei Hamburg, 2013
- Guex, Sébastien: L'impérialisme suisse : problèmes d'interprétation. Referat vom 26. Oktober 2012 an der Tagung Penser l'émancipation, Lausanne
- Husson, Michel : La théorie des ondes longues et la crise du capitalisme contemporain. Dezember 2013.1. Unter : <http://hussonet.free.fr/mandelmh13.pdf>
- Husson, Michel : La formation d'une classe ouvrière mondiale. Dezember 2013.2. Unter : <http://hussonet.free.fr/classow.pdf>

Luciri, Pierre : Le prix de la neutralité. La diplomatie secrète de la Suisse en 1914 – 1915 avec des documents d'archives inédits. Genève, 1976

Masnata-Rubattel, Claire et François. Le pouvoir suisse. Séduction démocratique et répression suave. Paris, 1978

Roberts, Michael: A world rate of profit. 2011. Unter :

https://thenextrecession.files.wordpress.com/2012/07/roberts_michael-a_world_rate_of_profit.pdf

Ruffieux, Romand: Die Schweiz des Freisinns (1848 – 1914). In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Band III. Basel, 1983

seco: Konjunkturtendenzen Herbst 2014. Unter:

<http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00375/00381/index.html?lang=de>

Udry, Charle-André & Marquis, Jean-François: Le renouveau de tous les dangers. In : Le livre noir du libéralisme. Vevey, 1996

Wyss, Kurt : Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus. Zürich, 2007

Mitte November 2014